

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148
Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Schriftsätze ohne Freilmschlag werden nicht zurückgesandt
Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Vom gesunden und kranken Kapitalismus

In den amtlichen und sonstigen bürgerlichen Wirtschaftsbetrachtungen konnte man jahrelang nach dem Kriege oft die stolze Behauptung lesen, daß unsere Wirtschaft „innerlich gesund“ und auf dem besten Wege sei, sich endgültig zu erholen. Jetzt ist diese frohe Zuversicht geschwunden. Alle Welt ist sich heute darüber einig, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem an schwerer Krankheit leidet, und nur darüber gehen die Meinungen auseinander, ob die Krankheit tödlich oder ob noch Rettung zu erhoffen sei.

Was bedeuten eigentlich die Worte „gesund“ und „krank“ bei einem Wirtschaftssystem? Zweck der Wirtschaft ist es, den Menschen die Gebrauchsgüter zu liefern, deren sie bedürfen; kurz ausgedrückt, die Menschen zu ernähren. Demnach ist eine Wirtschaft gesund, wenn sie das tut, krank, wenn sie es nicht fertig bringt. An diesem Kennzeichen gemessen, springt die furchtbare Krankheit des Kapitalismus in die Augen. Nur noch eine winzige Anzahl Menschen kann heutzutage ihren Bedarf befriedigen. Nach Zehnmillionen zählen die völlig Arbeitslosen, und die wenigen, die noch Beschäftigung haben, werden mit so geringen und immer noch sinkenden Löhnen abgespeist, daß von ausreichender Versorgung keine Rede mehr ist.

Um nun zu erkennen, ob der Kapitalismus wieder gesund werden kann — was demnach bedeutet, ob er je wieder imstande sein wird, die Gesamtheit oder wenigstens die übergroße Masse der Menschen zu ernähren —, muß man wissen, wo seine Krankheit hergekommen ist. Schon wiederholt haben wir nachgewiesen, daß die von den Besitzenden hierüber immer wieder geflüßentlich vorgetragene Behauptungen falsch sind. Im Mittelpunkt dieser Behauptungen steht der Satz, die große Arbeitslosigkeit sei durch den Rückgang der Produktion entstanden. Und ausgehend von dieser falschen Ansicht setzt man immer neue Kommissionen ein, zerbricht sich immer aufs neue den Kopf, um „Arbeitslosigkeit“ zu schaffen. Und wundert sich jedesmal hinterdrein, daß alles nichts nützt und daß die Arbeitslosigkeit immer ungeheurer anschwillt.

Wie die Dinge in Wirklichkeit liegen, hat Karl Marx schon vor Jahrzehnten durch genaue Erforschung der Tatsachen ermittelt. Wir finden bei ihm zum Beispiel den Satz:

„Die bloße Vermehrung des Kapitals schließt zugleich ein, daß die Produktivkraft vermehrt wird... Daher Vermehrung der Produktenmasse nicht nur im einfachen Verhältnis, wie das Kapital angewachsen ist“ (sondern in größerem Verhältnis).

Also: das Kapital wird von seinen Besitzern unaufhörlich vermehrt. (Daß dies geschieht und warum es geschieht, und daß die Kapitalbesitzer das tun müssen, ist von Karl Marx vorher ausführlich dargelegt worden.) Durch die bloße Vermehrung wird die Arbeit immer produktiver. Auch das hat Karl Marx bewiesen; heute, im Zeitalter der rasend geschwinden Rationalisierung, bestreitet es ohnehin niemand mehr. Kapitalvermehrung besteht ja nicht in der Anhäufung von Geld — das ist nur die Vorstufe —, sondern in der Aufstellung neuer Maschinen, in der Anlage moderner Fabriken, neuer Schächte usw. Je mehr Kapital dafür zur Verfügung steht, desto moderner werden sie eingerichtet und desto produktiver sind sie. Infolgedessen kommen sie mit immer weniger Arbeitskräften aus.

Das bedeutet keineswegs unter allen Umständen Entlassung von Arbeitskräften. Es handelt sich hier nur um das Verhältnis. Wenn zum Beispiel ein Kapital von 100 (es können 100 Millionen Mark sein) 80 Arbeitskräfte beschäftigt und dann durch Verzehnfachung die Produktivität so wächst, daß jede 100 nur noch 40 Arbeitskräfte beschäftigen, so werden insgesamt 400 Arbeitskräfte gebraucht. Die Zahl der Beschäftigten wächst also von 80 auf 400 (obwohl sie im Verhältnis zur Größe des Kapitals abnimmt).

Solange die Dinge so vor sich gehen, solange ist der Kapitalismus gesund. Denn so lange ernährt er eine große und sogar wachsende Menschenmenge, und große Arbeitslosigkeit gibt es dann nur ausnahmsweise in Krisenzeiten. So war es vor dem Weltkrieg, wo es schon als ungeheuerlich erschien, wenn die Arbeitslosigkeit in Deutschland vorübergehend auf ein paar mal hunderttausend anstieg.

Jedoch liegt auf der Hand, daß es beim Weitergehen der Entwicklung so nicht bleiben kann. Wenn das Kapital immer weiter und immer weiter wächst, so daß die Produktivität immer größer und immer größer wird, dann muß einmal die Zeit kommen, wo die Zahl der Beschäftigten nicht nur im Verhältnis zur Kapitalgröße, sondern an und für sich abnimmt. Wenn, sagen wir, aus den obigen 1000 Kapital 5000 werden, und wenn dadurch die Produktivität so stark wächst, daß jede 100 Kapital nur noch 5 Arbeitskräfte beschäftigen, dann sinkt die Zahl der Beschäftigten durch das Wachstum des Kapitals von 400 auf 250. Wenn dieser Zeitpunkt eintritt, dann ist der Kapitalismus krank, weil er dann nur eine immer kleinere Anzahl Menschen zu ernähren vermag. Die ganze Frage ist also, ob dieser Zeitpunkt bereits eingetreten ist. Und darüber gibt die Statistik, so

mangelhaft und lückenhaft sie auch ist, doch genügende Auskunft. Laut einer Veröffentlichung des Berliner Instituts für Konjunkturforschung wurden in Deutschland in der Produktion neu angelegt:

im Jahre 1925	4500 Millionen Mark Kapital
im Jahre 1926	5200 Millionen Mark Kapital
im Jahre 1927	7200 Millionen Mark Kapital
im Jahre 1928	7300 Millionen Mark Kapital

Das sind nur die Kapitalien für Maschinen usw., noch nicht für die Rohstoffe. Schon dies machte in den vier Jahren einen Kapitalzuwachs von rund 24 Milliarden Mark aus. Demgemäß wuchs auch die Produktion. Sie betrug (im Verhältnis zum Jahre 1928):

August 1925	81,6 (Index, 1928 = 100)
August 1926	80,2
August 1927	102,4
August 1928	104,4
August 1929	103,9

Von August 1925 bis August 1929, das heißt seit unmittelbar vor der großen Rationalisierung bis unmittelbar vor Ausbruch der Krise, hat also die Produktion in Deutschland um rund 27 vH zugenommen, und wer da

glaubt, daß vermehrte Produktion auch vermehrte Arbeitsgelegenheit schafft, der mußte in dieser Zeit Abnahme und Verschwinden der Arbeitslosigkeit erwarten. Wir Marxisten freilich wußten — auf Grund der soeben dargelegten Lehren —, daß das Gegenteil eintreten werde, und die Tatsachen haben uns furchtbar recht gegeben. Im August 1925 belief sich die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland auf 375 000, im August 1929 auf 1 272 000. Bei wachsendem Kapital und wachsender Produktion stieg die Arbeitslosigkeit auf beinahe das 3 1/2-fache oder um 240 vH!

Mit aller Deutlichkeit ist hier der Zusammenhang zu sehen. Nicht durch die Krise ist der Kapitalismus krank geworden — die kam ja erst später. Sondern durch sein eigenes Wachstum. Gerade in den Jahren seiner prallen Gesundheit, als er die Produktion immer weiter ausdehnte, entsand die riesenhafte Arbeitslosigkeit. Weil er immer mehr gewachsen ist, kann der Kapitalismus die Menschen immer weniger beschäftigen und ernähren.

Es gibt hier und da Unternehmer, die das merken. Sie wissen nichts anderes vorzuschlagen, als die Entwicklung wieder — zurückzuschrauben. Die anderen vom Bürgertum versuchten Heilmittel gehen darauf hinaus, durch Lohnsenkung noch mehr Kapital anzuhäufen. Es ist klar, daß dies noch mehr Arbeitskräfte freisetzt, die Arbeitslosigkeit noch mehr verschlimmert, die Zustände noch tröstloser macht. Nur die Abkehr vom Kapitalismus kann Heilung bringen. Ibykus.

Das Ende des Wirtschaftsbeirats

Beim Abschluß dieser Nummer kommt die Meldung, daß der Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung gesprengt worden ist. Die Vertreter der Landwirtschaft hätten gestern, am 19. November, die Regierung wissen lassen, daß ihr weiteres Verbleiben im Beirat für sie keinen Zweck mehr habe. Mit dem Verschwinden des agrarischen Interessentenhaufes wird wahrscheinlich auch der großindustrielle Interessentenhaufen davonfliehen. Für beide Haufen hat die Geschichte in dem Augenblick keinen Zweck mehr, wo ihnen die Aussicht auf Geschäft schwindet.

Aber auch wenn die Herren von Ar und Halm das Ende des Wirtschaftsbeirates nicht herbeigeführt hätten, es hätte nicht mehr lange auf sich warten lassen. Man darf nicht vergessen: Für die Reichsregierung bildete der Wirtschaftsbeirat einen Ausweg aus einer mißlichen parlamentarischen Situation, was damit verbrämt wurde, die Regierung wolle sich bei allen Seiten der Wirtschaft Rat oder Gutachten über künftige Maßnahmen holen. Schon die zahlenmäßige Zusammensetzung des Beirates — dreimal mehr profitgenössische Vertreter als Gewerkschafter — ließ erkennen, um was gewürfelt werden sollte. Vor allem aussprechen, was ist: Es ging abermals um die Haut der Arbeiter und der Verbraucher. Die Unternehmer wollen in Lohnabbau weitermachen, die Erzeuger, insbesondere die Zoll- und Subventionsgenießer, in hohen Preisen. Obwohl nun jedermann wissen kann, daß mit Lohnquetscherei und Preiswucher der wirtschaftliche Dalles nicht zu beseitigen, sondern nur zu verschlimmern ist, fahren die Interessentenhaufen darin lustig weiter, weil sie zu bessern nicht mehr fähig sind. Und sie sind stark genug, die Regierung in ihrem Unsinn zu beeinflussen. Die Regierung aber will die Verantwortung für eine derartig verderbliche Politik aus naheliegenden Gründen nicht allein tragen, sondern sie möglichst auf die großen Leidtragenden dieser Politik, auf die Arbeiter abschieben.

Zu diesem lieblichen Zwecke sollte der Wirtschaftsbeirat

dienen. Er sollte die Regierungspolitik mit Sachverständigen-gutachten stützen, mit Gutachten, an denen Vertreter der Gewerkschafter beteiligt sind. Ha, wenn man die Gewerkschaftsvertreter — aus nationalen Belangen, versteht sich — für eine allgemeine Lohnkürzung hätte einspannen können!

Unnötig zu sagen, daß es den Interessentenhaufen vor allem auf die Lohnfrage, auf eine neue und schwere Lohnkürzung ankam. Aus den Taschen der armen Teufel wollen sie weiter nehmen, was ihre Bankrottwirtschaft verschlingt. So kann es nicht wundernehmen, daß die Auseinandersetzungen zwischen den Interessenten und den Gewerkschaftsvertretern immer schärfere Formen annahm. Dadurch, daß die Verhandlungen für vertraulich erklärt waren, ist eine gezielte Unterrichtung der Öffentlichkeit verhindert worden. Dadurch hat auch die Arbeiterschaft nicht erfahren, daß die Vertreter der freien Gewerkschaften den Herren vom Stamme Nimm den proletarischen Standpunkt äußerst klar gemacht haben. Den Herren ist mit letzter Deutlichkeit gesagt worden, daß in Sachen der Lohnquetscherei unter allen Umständen Schluß gemacht werden muß.

Je deutlicher die Gewerkschaftsvertreter der Gegenseite den Standpunkt klar machten, desto geringer wurde ihr Interesse an dem Beirat und desto offensichtlicher wurde sein baldiges Ende. Hätten es nicht die Agrarier herbeigeführt, es wäre morgen oder übermorgen über den Streit um den Lohn gekommen.

Die unselige Brauns-Kommission braucht den nun seligen Wirtschaftsbeirat nicht zu beneiden. Denn er wird bestimmt nicht höher als sie in der Erinnerung der Öffentlichkeit stehen. Nun steht man wieder etwa dort, wo man vor dem Beirat stand. Die Regierung wird selbst Farbe bekennen, selbst Maßnahmen ergreifen und selbst die Verantwortung dafür tragen müssen. Damit ist freilich wenig gewonnen, immerhin aber doch Klarheit, und die ist gewiß auch was wert. Über das, was nun geschieht, werden die Leser schon einigermaßen unterrichtet sein, ehe sie diese Zeilen lesen.

Ehrenrettung ihres Systems?

Weizen wird verbrannt, Kaffee ins Meer geschüttet, Baumwolle umgegraben... die in der Krise verelendeten arbeitslosen Massen verfluchen eine Wirtschaftsordnung, die dazu führt, daß, während sie Hunger leiden, wertvolle Schöpfungen menschlicher Arbeit, die Bedürfnisse der Menschen befriedigen könnten, vernichtet werden. Und so wird man nicht wenig überrascht, wenn diese Tatsachen plötzlich herangezogen werden, um den Kapitalismus zu — rechtfertigen.

Solche Versuche zur Rechtfertigung des Kapitalismus treten jetzt häufig hervor. Seine Vertreter, unter deren Füßen der Boden wankt, gehen zum Angriff über und möchten beweisen, daß nicht der Kapitalismus schuld an den Nöten der Krise habe, sondern die Verfälschung des Kapitalismus durch den Staat: Es seien die Eingriffe des Staates in den freien Ablauf der Wirtschaft, die es verhindern, daß die Selbstbesteuerung der Wirtschaft, ihr ständiger Anpassungsprozeß an die veränderten Marktverhältnisse, die in der Wirtschaft entstandenen Mißverhältnisse beseitigt. Auf diesen Ton wurde der Aufruf der Unternehmerverbände abgestimmt, der die Verfälschung des Kapitalismus durch ihm „wesensfremde“ Elemente beklagt. Dieser Gedankengang wurde kürzlich auch in der Frankfurter Zeitung vertreten. Dieselbe Zeitung will jetzt den Unsinn, daß Weizen verbrannt, Kaffee ins Meer geschüttet, Baumwolle umgegraben wird, nicht als eine Sünde des Kapitalismus anerkennen, sondern ihn der gebundenen Wirtschaft oder den staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft in die Schuhe schieben. Indessen ist diese Darstellung falsch

und verlogen. Die Ehrenrettung des Kapitalismus wird auf diese Weise nicht gelingen.

Falsch ist die Behauptung, daß die freie, vom Staat unbehinderte kapitalistische Wirtschaft den störungsfreien Lauf der Produktion und des Verbrauchs verbürgen kann. Die Anarchie der kapitalistischen Produktion muß die Störungen der Wirtschaft immer wieder herbeiführen, immer wieder Krisen verursachen. Wir wissen von Wirtschaftsaufstieg und Krisen genug, um festzustellen, daß die Selbstbesteuerung der kapitalistischen Wirtschaft, unbekümmert um staatliche Eingriffe, äußerst schlecht funktioniert. Wir wissen, daß in der kapitalistischen Wirtschaft sich stets Mißverhältnisse sowohl zwischen den einzelnen Gliedern der Wirtschaft wie zwischen Produktion und Massenkaufkraft entwickeln müssen, die dann unfehlbar zur Krise führen. Ebenso wissen wir, daß die Überwindung einer kapitalistischen Krise nur mit gewaltigen Verlusten und Wertvernichtungen und auf Kosten der Arbeiterschaft, die für die kapitalistische Anarchie mit Arbeitslosigkeit aufkommen muß, behoben werden kann.

Aus dem Inhalt

Vom gesunden und kranken Kapitalismus — Das Ende des Wirtschaftsbeirates — Ehrenrettung ihres Systems?	237
Verstärkung durch Vereinigung	238
Praktische Solidarität — Empfänger und ihre Verhütung	339
Der Lohnabbau — Arbeiter, übt Solidarität!	340
Dem Abgrund immer näher — Grenzen der Arbeitslosigkeit — Sowjetrußland	241
Die ersten Schritte des Arbeitslosen — Schriftenschau	?

Verlogen ist der Versuch zur Rechtfertigung des Kapitalismus, wenn er die Dinge so hinstellt, die staatlichen Eingriffe seien den kapitalistischen Unternehmern wesen fremd, sie wünschten die freie, ungebundene Wirtschaft, und es seien allein die antikapitalistischen Kräfte, die dem Kapitalismus Fesseln anlegen und ihm die Selbstbesteuerung unmöglich machen. Was ist denn der Imperialismus des Hochkapitalismus anderes, als daß die Unternehmer in ihrem Kampf um Absatz und Anlagensphären die bewaffnete Hilfe des Staates in Anspruch nehmen? Wenn die Schwerindustrie ihre politische Macht einsetzt, um die Aufrüstung durchzusetzen und sich dadurch große Bestellungen zu sichern? Wenn die Unternehmer ihren politischen Einfluß ausnützen, um Zölle zu erhalten, die sie instand setzen, mächtige Kartelle zu gründen, um sich Marktbeherrschung und Monopolpreise zu sichern?

Alle diese staatlichen Eingriffe erfolgen auf Wunsch der Kapitalisten, ja sie werden von ihnen erzwungen. Diese Eingriffe sind nun geeignet, die Störungen der Wirtschaft, die sich aus der kapitalistischen Anarchie ergeben, außerordentlich zu steigern. Sie führen zu Fehlanlagen, indem sie die Lenkung der Kapital- und Arbeitskräfte in die Bahnen, wo sie am produktivsten wirken könnten, verhindern. Sie lenken den nationalen und internationalen Kapitalstrom von den Stellen, an welchen sie fruchtbar werden könnten, ab. Es geht nicht, daß die Unternehmer das Schlagwort von der gebundenen Wirtschaft nur dann gebrauchen, wenn bestimmte staatliche Eingriffe, wie Tarif- und Schlichtungswesen, Sozialpolitik, Steuern, unter Umständen ihren Profit beschneiden, und in allen Fällen schweigen, wo sie die Mitwirkung des Staates in ihrem Profitinteresse erstreben und durchsetzen.

Ginge es nach dem Wunsche der Unternehmer, so könnte man wohl die staatlichen Eingriffe in die Lohn-

Der Berliner Schiedsspruch verbindlich

Der Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie, wovon wir letzte Woche ausführlich berichteten, ist für verbindlich erklärt worden.

In der Begründung der Verbindlichkeitserklärung heißt es:

Der Schiedsspruch sieht eine nur kurze Verlängerung des bisherigen Lohnabkommens vor. Das geschieht in der Annahme, daß bis zum Ablauf die in der Begründung des Schiedsspruches erwähnten Voraussetzungen für ein Neuabkommen verwirklicht sind. Ob diese Annahme zutreffen wird, kann dahingestellt bleiben, da sie für die Entscheidung des Antrages auf Verbindlichkeitserklärung nicht in Betracht kommt. Hierfür ist lediglich entscheidend, ob beim Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen für eine Verbindlichkeitserklärung der Arbeitgebersseite die Verlängerung des bisherigen Abkommens zugunsten werden kann. Da beides zu bejahen war, mußte wie geschehen entschieden werden.

Die Ausgaben für die Sozialpolitik abschaffen — würde das die Wiederherstellung der freien Wirtschaft bedeuten? Die Unternehmer der Welt würden offenbar auf Zölle nicht verzichten. Wir sehen nicht das geringste Zeichen dafür, daß ein solcher Wille auch nur in wenigen Ländern der Welt vorhanden wäre. Nehmen wir aber an, die Zölle würden in der ganzen Welt verschwinden. Auch das würde noch nicht die Rückkehr zu einer — in Wirklichkeit nie dagewesenen — freien Wirtschaft bedeuten. Die großen Kapitalballungen, Trusts, Konzerne, Kartelle sind einmal da und würden auch dann nicht verschwinden, wenn die Zölle beseitigt wären. Können diese Großorganisationen des Kapitals nicht zerschlagen werden, was offenbar nicht erwartet werden kann, so muß die Monopolwirtschaft mit allen ihren Folgewirkungen auf die Wirtschaft — falsche Lenkung der Produktivkräfte, Fehlinvestitionen, vermehrte Ausbeutung — bestehen bleiben. Dies um so mehr, da parallel mit den industriellen Großunternehmen auch das nationale und internationale Finanzkapital erstarkt und in enger Verbindung mit dem Industriekapital das Kreditwesen, diesen mächtigen Faktor der kapitalistischen Wirtschaft, beherrscht. Wir erfahren bisher noch nichts von einer Absicht der Anhänger der freien Wirtschaft, das Finanzkapital zu zerschlagen. Bleiben aber die gegenwärtigen Verhältnisse in bezug auf Zölle, Kartelle, Trusts, Konzerne, Finanzkapital bestehen, so ist es ein Unsinn, von der Wiederherstellung der freien Wirtschaft zu reden. Man darf die staatlichen Eingriffe nicht derart vornehmen, daß sie einzelnen bevorzugten Schichten vorübergehend nützen und die Keime des Rückschlages bereits am Beginn in sich tragen. Vielmehr müssen sie eine planvolle Organisation der Wirtschaft zur besten Ausnutzung der Produktivkräfte in Verbindung mit dem Schutz der Verbraucher und nicht unter Vernachlässigung der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge zum Ziel haben.

Die Rückkehr zur freien Wirtschaft würde die Krise nicht verhüten, ganz abgesehen davon, daß sie überhaupt nicht möglich ist. Ein Zurück gibt es nicht, nur ein Vorwärts ist möglich. Vorwärts bedeutet die planwirtschaftliche Organisation der Wirtschaft. Da aber die planvolle Organisation der Wirtschaft auf Grund von Profitinteressen nicht erfolgen kann, bedeutet sie, sinnvoll durchgeführt, den Sozialismus. A. H.

Auch der Einzelhandel schreit nach Lohnabbau

Was unsere Zeit mitunter für Blüten treibt, darüber könnte man sich den Bockel kratzen lassen, wenn es manchmal nicht so bitter erst wäre.

Da findet zum Beispiel vor wenigen Tagen in Berlin eine Tagung der Hauptgemeinschaft des Einzelhandels statt, auf der eine Entschliebung angenommen wurde, die besonders der Arbeiterschaft einiges zu denken gibt. Neben anderen sozialreaktionären Forderungen wird eine kräftige Attacke gegen das Tarifwesen geübt. Vor allem wird die Anpassung der Löhne und Gehälter an

Verstärkung durch Vereinigung

Drei Fragen des „Regulators“

Zu dem Aufsatz in Nr. 44 der MZ über Verstärkung durch Vereinigung sind uns mehrere Zuschriften zugegangen, wovon wir zwei (in Nr. 46 u. 47) veröffentlicht haben. In diesen beiden Zuschriften wird, wie man gelesen hat, die unheilvolle Zersplitterung der deutschen Gewerkschaftsbewegung lebhaft beklagt und deren Beseitigung dringend gewünscht. Die gleiche Meinung kehrt in andern, hier nicht veröffentlichten Zuschriften wieder. Und hierin wird verschiedentlich gesagt, daß in Anbetracht der schier erdrückenden Aufgaben, die den Gewerkschaften gestellt sind, die Vereinigung überhaupt keine Frage mehr sein dürfe, sondern nur ein schleunigst zu vollbringendes Werk. Es sei einfach unerfindlich, wie man den Gewerkschaftern noch einreden könne, sie sollten getrennt marschieren angesichts der Gefahr, daß sie zusammen geschlagen werden können, wenn sie nicht alle ihre Kräfte zusammennehmen.

Daß diese vernünftigen Ansichten nicht bloß in den Kreisen des DMV, sondern auch in anderen Gewerkschaftslagern zu finden sind, wird ohne Beweis geglaubt werden. Die organisierten Arbeiter, die zuerst die Stöße des Unternehmertums auszuhalten haben und sie am ehesten fühlen, suchen ganz naturgemäß nach Möglichkeiten, ihre Widerstandskraft zu steigern. Und sie erblicken in einem bessern, in dem vollständigen Zusammenschluß aller ehrlichen Gewerkschafter die erste dieser Möglichkeiten. Dieser Drang, die gewerkschaftliche Kraft durch Vereinigung zu mehren, ist, wie gesagt, in allen Gewerkschaftslagern lebendig. Einen neuen Beweis hierfür enthält die neueste Ausgabe des „Regulators“, des Wochenblattes des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins der Metallarbeiter.

In einem fast eine ganze Seite füllenden Aufsatz beschäftigt sich der „Regulator“ mit dem Aufsatz in Nr. 44 der MZ, und zwar in wohlwollender Weise. Der größte Teil des „Regulator“-Aufsatzes ist der Entstehung der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen und ihrer Gegensätze gewidmet. Wir wollen diese Darlegung übergehen, weil uns die Gegenwart zu pompejischen Ausgrabungen nicht gerade probat erscheint, zumal ja das, was dabei zutage kommt, der Masse der heutigen Gewerkschafter unverständlich, vielleicht gar unfaßbar sein dürfte. Solche Ausgrabungen haben sicherlich geschichtlichen Wert, wertvoller indessen dünkt uns die Frage jetzt, wie die unerbittliche Notwendigkeit, die Stärkung der gewerkschaftlichen Kraft, zu erfüllen ist. Das ist die Frage, um die es in dieser schicksalsschweren Zeit für die Arbeiterklasse vor allem geht.

Der „Regulator“ fragt im Verlauf seiner Darlegung, ob die Gegensätze (wohl zwischen den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften und den freien), die in sechs Jahrzehnten so unendlich viel Streit und Ringen hervorgerufen haben, auch genügend weit ausgeglichen seien? Können sich Menschen, fragt er weiter, die jahrzehntlang gegeneinander gekämpft haben, heute auf einem neuen Felde treffen und ihre Kräfte vereinen? Und um hierüber Klarheit zu schaffen, stellt er drei Fragen, nämlich:

1. Soll die Gewerkschaftsbewegung der Zukunft Arbeiter aller Parteien umfassen ohne Unterschied ihrer politischen Meinungsverschiedenheiten? Haben zum Beispiel auch Arbeiter, die nicht sozialistisch denken, Raum und Arbeitsmöglichkeit? Die Mitgliedschaft zur Gewerkschaft darf nicht auch zur Mitgliedschaft zu bestimmten Parteien verpflichten! Daß die Gewerkschaften mit den Parteien arbeiten, die ihnen vermöge Programm und Zusammensetzung nahe stehen, ist in jahrzehntelanger Übung allgemein klagestellt und anerkannt. Aber es gibt doch auch für jeden einzelnen ein Recht zur Meinungsfreiheit, und dieses muß gesichert sein.
2. Schärfer noch gilt diese Frage für religiöse Meinungsfreiheit. In den Gewerkvereinen gibt es gute Katholiken, Protestanten, Juden usw. neben Atheisten oder Angehörigen vieler Freikirchen. Die religiöse Glaubensfreiheit ist eine der empfindlichsten Gefühlsfragen in jedem Organisationsleben. Wenn auch vielleicht die Einigung aller Arbeiter auf eine gemeinsame Organisation nur erst allmählich und schrittweise erfolgen kann, so würde jede Entscheidung leichter sein, wenn die religiöse und kulturpolitische Meinungsfreiheit für alle Mitglieder ganz sichergestellt wäre.
3. Die Gewerkschaftsbewegung muß einen entschlossenen Kampf gegen die kommunistisch-bolschewistische Revolutionstreiberei führen. Sie muß in aller Entschiedenheit, ohne Rücksicht, den Kampf führen für eine Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiter, für gesteigerte Anteilnahme an den Gütern der Kultur und Zivilisation. Sie muß dem

Staate, der Nation, der Republik, der Demokratie dienen. Dazu gehört der entschiedene Kampf gegen ein klassenkämpferisches, reaktionäres Unternehmertum. Die positiven Forderungen der Gewerkschaften nach Wirtschaftsdemokratie, Tarifvertrag und Tarifgemeinschaft bleiben natürlich unverändert.

Die Antwort auf diese Fragen ist für uns Mitglieder des DMV leicht, und sie kann kurz und ganz deutungs- frei sein. Unbeschadet einer späteren Vervollständigung oder weiteren Erhärtung können wir sagen, daß im DMV die Mitgliedschaft weder von einer politischen noch von einer religiösen Anschauung abhängig gemacht ist. In ihm sind Sozialisten und Nichtsozialisten, politisch Gleichgültige und Kommunisten zu finden; zu seinen Mitgliedern zählen Freidenker, Christen und wahrscheinlich auch Israeliten. Sie alle haben die gleichen Mitgliedsrechte und -pflichten. Diese Selbstverständlichkeit gilt für alle Mitglieder, natürlich auch für die, die von anderen Organisationen gekommen sind. Wie stark die verschiedenen politischen und religiösen Anschauungen im DMV sind, läßt sich nicht sagen, weil sich niemand um die politische und religiöse Meinung der Mitglieder kümmert. Aber um eins kümmert man sich im DMV: um die ehrliche gewerkschaftliche Überzeugung und Tätigkeit. Was darunter zu verstehen ist, ist in dem Verbandsstatut und in Verbandstagsbeschlüssen niedergelegt. Das Leitmotiv dieser Satzung und Beschlüsse ist nichts anderes als der gewerkschaftliche Urzweck: das möglichst erfolgreiche Streben nach Mehrung der Wohlfahrt der Arbeiterklasse, und die wesentliche Voraussetzung hierfür: die innige Zusammenarbeit der Mitglieder, die proletarische Solidarität. Und das gilt doch, wie wir meinen, bei jeder wirklichen Gewerkschaft.

Bei dieser Gelegenheit seien uns, die wir die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen haben entstehen sehen und bei ihren Streitigkeiten „mitgewirkt“ haben, ein paar allgemeine Bemerkungen gestattet:

So interessant es auch sein mag, die alten stiefbrüderlichen Auseinandersetzungen aufleben zu lassen, es dient zu nichts. Dem heutigen Gewerkschaftergeschlecht sind sie ganz unverstänlich, und dieses hat wahrhaftig Nützlicheres, Dringenderes zu tun. Ein Gewerkschafter, der seinen Namen verdienen will, muß sein Gesicht auf Gegenwart und Zukunft richten, nicht in die Vergangenheit. Er wird beweisen, daß ihm das Vergessen nicht schwerer fällt, als das Lernen. Er wird das der Arbeiterklasse Gemeinsame betonen, nicht das Trennende. Er wird, die ganze Schwere der Zeit erkennend, über alle kleinen und kleinlichen Bedenken hinweg die verschiedenen gewerkschaftlichen Haufen zu vereinen trachten, um die Kraft der organisierten Arbeiterschaft soviel wie immer möglich zu steigern. Indem er das tut, beweist der Gewerkschafter, daß er wirklich einer ist.

Es ist das tragische Geschick der modernen deutschen Arbeiterschaft, daß an ihrer Wiege der Richtungsstreit, die Abschachtelung in besondere Organisationen stand. Unermeßliches Unheil ist ihr daraus entsprossen. Ein gut Teil der politischen, wirtschaftlichen und sonstigen Übel, die wir heute beklagen, ist das Ergebnis dieser Sonderung. Sie war und ist nicht nur ausländischen Gewerkschaftern ein unerklärbares Rätsel. Ein amerikanischer oder englischer Gewerkschafter, zum Beispiel kann es absolut nicht verstehen, daß sich in Deutschland die Arbeiter in freie, christliche und liberale Organisationen trennen, um das allen gleichartige Stück Brot zu erringen. Das ist ja allgemach einer sich mehrenden Masse deutscher Arbeiter unverstänlich geworden. Die immer zahlreicher werdenden Rufe nach Vereinigung bezeugen es.

Wir haben schon mehrmals betont: Große Dinge werden nur in Zeiten großer Not vollbracht. Daß sich die Arbeiterklasse in großer Not befindet, weiß jeder, und daß große Dinge zum Heile der Arbeiterklasse unbedingt vollbracht werden müssen, fühlt jeder. Eines dieser großen Dinge ist der Zusammenschluß der Gewerkschaftsrichtungen. Bei seinem Vollzug sollten die alten Gegensätze aus dem Spiele gelassen werden, und die organisatorischen Unebenheiten und Bedenklichkeiten, die es sicherlich noch gibt, werden bei einigem guten Willen auszugleichen sein. Dies um so eher, je mehr man sich bewußt ist, was die Stunde heischt. F. K.

Die deutschen Wirtschaftsführer... sie sind auch ungebildet

Im Deutschen Volkswirt beschäftigt sich der Herausgeber Gustav Stolper mit den Finanzskandalen der letzten Zeit — Favag, Nordwolle, Schultheiß, Karstadt, Wicking, Miag, Blumenstein, Linoleum-Trust, Zeche Ewald u. a. — und zeigt, wie stark die Bankdirektoren für diese Finanzskandale verantwortlich sind. Die Verschachtelung der Konzernunternehmen und der Mangel an Publizität läßt zudem die Verhältnisse bei diesen Konzernen völlig unübersichtlich erscheinen.

Bemerkenswert sind Stolpers Feststellungen über die moralische Haltlosigkeit der deutschen Wirtschaftsführer und über ihren völligen Mangel an Bildung und Urteilskraft. Jeder kleine Angestellte in London, schreibt Stolper, verfügt über einen Mindestschatz an wohlbewährten wirtschaftlichen Erfahrungsmitteln. In Deutschland fehlt dies. „Zu welcher Hilflosigkeit unter diesen Umständen der Mangel an theoretischer und allgemeiner Bildung führt, das haben wir schauernd in der Inflation erlebt, die einige hervorragende Berater der Reichsregierung auch heute noch nicht zur Kenntnis genommen haben. Und vor allem, kein führender Bankier oder Industrieller in London oder Newjork würde sich die verachtungsvolle Unkenntnis in allen politischen Dingen leisten zu können glauben, die in der Führerschicht der deutschen Wirtschaft fast zum guten Ton gehört. Auch das hat sich jetzt schwer gerächt. Es hat sich gezeigt, daß man etwas lesen und etwas lernen muß, um Bescheid zu wissen, und daß man Bescheid wissen muß, um in einer Zeit, in der das Einfachste verwickelt geworden ist, das Einfachste zu meistern. Daß es nicht genügt, eine „Nase“ für die Börsenstimmungen zu haben, um eine intime Kenntnis der politischen Vorgänge in der Welt zu ersetzen. Die Zeit des Gottesgnadentums ist auch im Reich der Wirtschaft vorbei.“

die — Absatzmöglichkeiten gefordert und die Angleichung der vielfach überhöhten Binnenlöhne an die Löhnsätze exportempfindlicher Industrien in stärkerem Maße als bisher“ verlangt. Für sich selbst verlangt die Hauptgemeinschaft des Einzelhandels Verbilligung der Ladenmiete, Abschaffung der Hauszinssteuer, Herabsetzung der Lohnpfindungsgrenze, Verschlechterung der Kündigungsschutzbestimmungen und ähnliche Niedlichkeiten mehr.

Ist die Attacke gegen das Tarifwesen und für die Lohnsenkung nicht utopisch? Gerade der Einzelhandel ist es, der in der ganzen Krisenzeit über die schlechten Umsätze stolzt. Haben unsere Keschöcker und Stiefelhändlerfrüzen wirklich nicht soviel rechnen gelernt, um zu der Erkenntnis zu kommen, daß Lohnabbau niemals zu einer Hebung der Kaufkraft eines Volkes führen kann? Anzunehmen ist es schon, sonst könnte man sich nicht solche widersinnigen Forderungen leisten. Man scheint tatsächlich in dieser Hauptgemeinschaft, wo diese Forderungen angekündigt worden sind, noch nicht zu der Einsicht gekommen zu sein, daß gerade der Einzelhandel von den Löhnen lebt und daß die Umsätze des Einzelhandels um so niedriger sein müssen, je niedriger die Löhne sind. Wenn es anders wäre, dann müßten ja die Arbeitslosen zu den kaufkräftigsten Schichten des deutschen Volkes gehören.

Besonders wertvoll ist es auf jeden Fall, daß sich die Hauptgemeinschaft des Einzelhandels mit der Entschliebung gegen diejenigen wendet, von denen der Einzelhandel lebt. Das sollte die Arbeiterschaft endlich vollzählig beherzigen. Das heißt, sie sollte ihnen ganzen Warenbedarf bei den Konsumvereinen decken, die gerade jetzt, wo große Massen der Arbeiter brotlos und in Not sind, aber nicht beim Einzelhandel, weil es diesen Leuten ja doch nur darauf ankommt, von den Arbeitergroschen ihr Geschäftchen durchzubalzen. Dr. Rakus.



Familie und Heim



Praktische Solidarität

„Welch ein gewaltiger Strom von Liebel!“

Österreich leidet noch schwerer unter der Wirtschaftskrise als Deutschland. In den kleinen österreichischen Industriegemeinden ist die Not beispiellos angestiegen. Letzten Sommer erließen Genossen von Donawitz in der Zeitung „Die Unzufriedene“ einen Aufruf, um die Kinder der erwerbslosen Donawitzer Arbeiter bei Pflegeeltern unterzubringen. Eine Woche später wurde in ähnlicher Weise für den Erzbezirk aufgerufen. Der Erfolg dieser bloßen Aufrufe überstieg alle Erwartung. In wenigen Wochen wurden insgesamt 1692 Kinder bei Pflegeeltern untergebracht. Es waren mehr solcher Eltern vorhanden als Kinder. 1500 von den 1692 wurden allein in Wien aufgenommen.

Über diesen Akt praktischer Solidarität lesen wir in der Wiener Monatsschrift „Der Kampf“ noch folgendes:

Man muß miterlebt haben, in welcher Form, mit welcher beispiellos Hartnäckigkeit und mit wieviel Ungeduld sich diese Pflegeeltern um die Kinder beworben haben. Fast bei jedem Transport Kinder konnten wir die Tatsache erleben, daß mehr Pflegeplätze zur Verfügung standen, als wir Kinder zuweisen konnten. Es steht nun außer Zweifel, daß bei allen Pflegeeltern die praktische Solidarität mit den notleidenden Genossen draußen in jedem Einzelfall außerordentlich lebendig war. Von der Rolle des guten Beispiels muß hier ganz besonders gesprochen werden. Es hat sich in den meisten Fällen gewöhnlich nur darum gehandelt, daß in irgendeinem Kollektiv ein einzelner Leistung und Führung übernahm. In einem Häuserblock zum Beispiel entzündet der Aufruf bei einer Familie bei einer Frau die Flamme der Solidarität. Sie beschließt zu handeln, und aus ihrem Handeln entsteht das Bedürfnis, ja manchmal sogar der „Zwang“ für viele andere in diesem Hause, dieselbe solidarische Leistung zu setzen. Man soll diesen „Zwang“ zur sittlichen Leistung nicht unterschätzen. Unsere Gegner lieben es, solchen „Zwang“ als „Terror“ des Kollektivs auszulegen, ob das nun Häuserbauten der Gemeinde Wien oder Gruppen in Arbeitsstätten („gewerkschaftlicher Terror“) sind, das ist ganz gleichgültig. Es gab und gibt einen solchen „Zwang der Gemeinschaft“, und er wirkt nicht selten von unten nach oben. Er darf überhaupt nicht, aber gerade wegen seiner eben er-

wählten besonderen Eigenschaft nicht, übersehen werden. Es gibt „Schrittmacher für sittliche Leistungen“, und sie sind jeder moralischen Bewegung eigentümlich.

Aber bei allen diesen, manchmal recht äußerlichen Motiven stand lebendig empfundene Solidarität als Patel! Man überlege: Auf einige wahrhaft nicht besonders betonte Aufrufe hin meldeten sich 1700 Menschen, um Pflegekinder zu übernehmen! Alles Überlegen und Nachklügeln hilft nicht weiter: Es war wie ein Wunder! Keine Phrase, keine Rede, kein Gesang! Dagegen Leistung, Handlung, Tat! Und nicht eine einzige Leistung! Eine wochenlange, oft recht peinliche, arbeitsreiche Verpflichtung! Es fällt sehr schwer, da nicht einzelne Fälle zu besprechen; aber einzelne Fälle bedeuten ja nichts, da jeder Fall in seiner Art bedeutsamste Leistung praktischer Solidarität war! Welch gewaltiger Strom von Liebel! Zu den 1700 Pflegekindern gehören mindestens 5000 Proletarier von draußen, die in liebevollste Verbindung traten mit 5000 pflegenden, sorgenden Genossen in Wien und anderswo. Welch wunderbare und bedeutsame Verbindung im Namen sozialistischer Karitas!

Man muß bloß erlebt haben, wie die Genossen draußen darauf reagiert haben. Der Bürgermeister einer großen Industriegemeinde sagte mir, als er seine armen Kinder nach Wien brachte und erlebte, wie man um diese Kinder kam: „Da hält man's draußen wieder aus!“ Es ist mehr wie leibliche Hilfe, die da den Darbenden draußen geboten wird, obwohl die notwendig, oft unentbehrlich scheint. Es ist geistige, seelische Stützung, die dem klassenbewußten Proletarier vom klassenbewußten Proletarier geboten wird. Der klassenbewußte Genosse kommt zum Gebenden nicht bettelnd; er rechnet nicht mit heuchlerischer Mildtätigkeit öffentlicher Körperschaften, nicht mit verlogener Mildtätigkeit der Besitzenden, die sich aufs Vorzimmer der eigenen Wohnung beschränkt! Der klassenbewußte Genosse spendet dem Genossen nicht, er öffnet seine Arme, um den Klassengenossen, der unter dieser Gesellschaftsordnung leidet, gütlich zu empfangen. Man muß das nur in diesem Sommer wieder selbst erlebt haben. Das ist die Liebe, das ist die Karitas des klassenbewußten Genossen, das ist die sozialistische Karitas. Und im Zeichen dieser gegenseitigen Hilfsbereitschaft werden wir als einige, klassenbewußte Arbeiterschaft die grausame, gemeine, entsetzliche Welt von heute besiegen, um eine schönere, glückliche, sozialistische Welt aufzubauen. Nur im Zeichen dieser gegenseitigen Hilfsbereitschaft!

Ich habe es tun wollen. Ich wollte es zuerst tun. Trotz allem. Der Fall liegt ja so klar. Vergewaltigung, betrunken, krank dabei und Sie und die Kinder entweder vor dem glatten Ruin oder, wenn man es macht, gerettet und gesichert. Was soll ich da lange zweifeln, natürlich gibt es da nur das Oder. Für Sie und für mich. Ich habe es tun wollen. Um Sie zu retten, damit Sie und die Kinder nicht vor die Hunde gehen. Aber, verstehen Sie mich richtig, ich habe lange nachgedacht, ich kann es nicht. Ich nicht. Ich darf es aus bestimmten Gründen nicht.“

Schwerfällig, müde Fuß vor Fuß setzend, nimmt er wieder seinen ruhlosen Marsch auf.

„Ich komme nicht um den Paragraphen herum. Sagen Sie mir nichts, ich weiß, ich weiß. Er ist dumm, ungerecht, noch mehr, ein Mordparagraph, ja, das ist er. Hunderttausende, vielleicht Millionen, die Jahr für Jahr daran kaputtgehen. Bei lebendigem Leib, hier in den Mietskasernen, in Krankenhäusern, in Idiotenanstalten, was weiß ich, wo noch sonst. Ich weiß, ich weiß, ruinieren die anderen mit, die Mütter, Geschwister, Familien, Millionen Existenzen. Für nichts und wieder nichts. Nur dafür, daß unsere Fürsorge etwas zu tun hat. Daß die Waisenhäuser voll werden und die Krüppelheime und die Idiotenanstalten, der Arbeitsnachweis und das Asyl. Weiß ich alles. Aber — was ändert das? Der Paragraph ist da und ich kann nicht um ihn herum. Ich nicht, verstehen Sie.“

Marie's Augen folgen seinem Gang wie die Augen einer Hypnotisierten. Jäh bleibt er wieder vor ihr stehen. Schwer liegt seine Hand auf ihrer Schulter.

„Sehen Sie, das ist so! Ich kann es darum nicht tun, nicht aus Feigheit, nur aus Verantwortung. Sie werden mich verstehen. Und wir werden schon einen anderen finden, der es tun wird. Aber ich kann es nicht. Sehen Sie, es könnte, wenn es auch nur selten vorkommt, es könnte doch eine Komplikation eintreten. Aus irgend einem Grunde. Und sie stürben mir weg. Dann wäre alles aus. Es würde herauskommen, es kommt dann immer heraus. Dann wäre alles verloren. Ich meine das nicht auf mich bezogen, verstehen Sie. Für mich würde ich das Risiko schon übernehmen. Aber — was sollten dann meine Patienten machen? Ich würde meine Stellung verlieren, müßte wahrscheinlich ins Gefängnis. Und was sollten die dann machen? Irgendwoandershin gehen? Leicht gesagt. Sie wissen doch, ich habe Ihnen damals geholfen, ohne — aber ich sage das nicht, um Sie daran zu erinnern, hören Sie, bitte, nur um mich zu rechtfertigen! — ohne einen Pfennig von Ihnen zu nehmen. Und das muß ich bei vielen, bei den meisten, ja. Woher sollten die denn bezahlen, die haben ja meistens selbst nichts. Und sie sind auf mich angewiesen. Für die muß ich da sein. Und wichtiger, muß ich bleiben. Verstehen Sie mich jetzt? Darum, nur darum kann ich es nicht. Aber ich werde suchen. Es ist ja noch Zeit. Es gibt da genug Kollegen. Ich werde schon einen finden. Also Mut!“

Marie atmete auf. Wenn auch keine Erfüllung, so ist das doch wenigstens eine Hoffnung. Marie versteht ihn jetzt durchaus. Wortlos, aber lange und beweisend nickt sie.

Sie strafft sich. Langsam, schwer wird es, steht sie auf. Schweigend reicht sie ihm die Hand und wendet sich zur Tür. Auf halbem Wege holt er sie ein, legt beide Hände beschwörend fest auf die ihren.

„Ich schreibe Ihnen sofort eine Rohrpostkarte, wenn ich den Kollegen gefunden habe. Und ich werde ihn finden, verlassen Sie sich darauf. Es wird alles werden! Und nun versprechen Sie mir nur das eine: Warten Sie auf mich, das wird vielleicht vierzehn Tage noch dauern, und lassen Sie sich durch nichts verleiten, etwas anderes zu unternehmen. Versprechen Sie mir vor allem, auf keinen Fall zu einem Kurpfuscher zu gehen. Das wäre das Schlimmste. Versprechen Sie mir das!“

Seine Worte, bisher wohlthuende Wärme und Weichheit, sind hart geworden und befehlend. Marie glaubt an ihn. Er wird ihr helfen. Es löst sich alles in Marie, alles wird leichter und frei in ihr. Sie hat wieder Mut. Voll und ganz sieht sie den Arzt an, laut und deutlich sagt sie ihm: „Ich verspreche es, ja, ich verspreche es.“

Jetzt lacht er auf, das erstemal in dieser Viertelstunde, ein warmes, gütiges, trotziges Lachen. „Sehen Sie, das ist gut. Und alles andere wird auch wieder gut werden. Eine Frau wie Sie, nein, ein Kerl wie Sie darf nicht kaputtgehen!“

Marie lächelt jetzt. Sie hat wieder Vertrauen. Damit erfüllt, geht sie. Fort an ihre Arbeit.

Wieder erfährt Marie in diesen Tagen die Weisheit der Tröstung, daß Arbeiten, Schwerarbeiten Befreiung ist. Man hat keine Zeit zum Spintisieren, und kommt man von der Arbeit, fällt man todmüde ins Bett zu bleiernem Schlaf, der die Befreiung vollendet.

Alles hat sich so gemacht, wie Marie es geplant hat. Sie hat die Büroreinigungen aufgegeben, auch das Austragen der Morgenzeitungen. Marie hat ihren neuen Posten in dem Ballhaus angetreten.

Es ist alles gut gegangen: Die Freundin Trude war bereitwillig und anspornend, sie hat gern das Geld für die Kautions geliehen, die übrigens auf hundertfünfzig Mark nachträglich erhöht worden war. Aber auch das hatte nicht genügt. Marie hatte nicht bedacht, daß sie ein schwarzes Kleid, Schürzen und Hübschen haben mußte; so hat Marie, wenn auch schweren Herzens, doch zielbewußt sich entschlossen, dafür noch fünfzig Mark von Trude zu erbitten. Marie hat also zweihundert Mark Schulden gemacht. Viel Geld, sehr, sehr viel Geld. Marie wird es in Raten mit Zinsen abzahlen; sie wird, wie sie versprochen hat, in einem Vierteljahr damit beginnen. Ein großes Risiko, das sie da auf sich genommen hat; ein ernstes Experiment, das sie unternimmt, aber auch die große Chance, die sich nur einmal bietet und die man ergreifen muß, wenn man nicht bankrottgehen will in dieser Stadt.

Eine neue Welt, die sich vor Marie auftut. Ein Erlebnis schon dieser Waschraum: Bis zur halben Höhe mit rosa, von rückwärts durchleuchtetem Alabaster bekleidet, darüber helle Wände, bemalt mit nackten Leibern, die einander jagen; Spiegel, herrlich geschliffene Spiegel, Waschtische aus Marmor, von versilbertem Nickel übertönt, verwirrend viel Wasserhähne, Handduschen und Trockenapparate. Schiebeseidenvorhänge, schwerer heller Rips, Vitrinen mit Innenröhren, aus denen grelles Licht über die Sächelchen fällt, die Marie verkaufen soll.

Eine verwirrende Sache! Das muß erst gelernt werden! Marie braucht fast eine Woche pedantischer Anleitung, bis alles verstanden ist. Aber Marie ist geschickt und faßt schnell auf, und schon weiß sie genau, was alle diese so überflüssigen und doch so wichtigen Dinge bedeuten, ein wie großer Unterschied zwischen Puder naturel und rosa, zwischen braun und bräunlich ist, wie wichtig es ist, wenn sie zuvorkommend und geschickt die Wattetupfen auf ein Stäbchenende aufrüllt und der Dame zureicht, die jetzt die Watte in ein Büchchen mit violetter Schminke tupft und unglaublich vorsichtig eine Idee des Violett unter die Augen bringt, um nun mit einem neuen von Marie zugereichten Wattestäbchen das Violett zu verreiben, bis endlich der richtige matschimmernde schwarzblaue Sammetton erreicht ist.

Das hört sich alles belanglos an. Aber bedeutsam ist es für Marie! Denn: wie sie es kann und macht, danach richtet sich das Trinkgeld. Und das eine Trinkgeld zum anderen, das ist ja die große Chance! Alles hier hat seine festen Preise. Nur die Trinkgelder nicht. (Wird fortgesetzt.)

Empfängnis und ihre Verhütung

Einige empfehlenswerte Aufklärungsschriften

Wenn immer wir hier über das Geburtenproblem oder die Kindersorge sprachen, kamen Anfragen nach billigen Aufklärungsschriften. Obwohl es deren genug gibt, sind sie noch in weiten Arbeiterkreisen unbekannt. Unter der Fülle solcher Schriften gibt es allerdings viele, die für den Arbeiter nicht den Wert des gedruckten Papiers haben. Es haben sich eben tüchtige Geschäftsleute auf diesen Verdienstzweig geworfen. Die Arbeiter, die deren Erzeugnisse kaufen, sind betrogen. Um unsern Lesern Enttäuschung und Geldverlust zu ersparen, führen wir hier eine genügend lange Reihe von Aufklärungsschriften an, die den Vorzug der Billigkeit und der Gemeinverständlichkeit haben. Damit glauben wir auch den immer wiederkehrenden Wunsch unserer Leser zu erfüllen:

Marie Winter, Abtreibung oder Verhütung der Schwangerschaft. (Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Hessenwinkel, 1927.) Preis 50 Pf. Als erste Einführungsschrift gut brauchbar, mit einigen Bildern; wendet sich besonders an die Frauen.

Fritz Brupacher, Kindersegen, Fruchtverhütung, Frucht-abtreibung. (Neuer Deutscher Verlag, Berlin NW 7.) Preis 50 Pf. Schon die hohe Auflage (bisher über 150 000) beweist, daß hier ein Praktiker (Brupacher ist Arzt in Zürich) zu Worte kommt, der das Wesentliche in schlagkräftige Formeln zu kleiden weiß und den Stoff mit rückhaltlosem Überzeugungsdrang vor dem Leser ausbreitet.

Luise Otto, Vorbeugen, nicht abtreiben. (Verlag Pfannkuch & Co., Magdeburg, über 100 000 Auflage). Preis 50 Pf. Das Heft ist darum zu empfehlen, weil es die bevölkerungspolitischen Tatsachen, vom sozialistischen Standpunkt beleuchtet, mit heranzieht. Die Darstellung ist ungeschminkt. Hier wie auch bei der

Brupacher-Broschüre empfindet man das Fehlen von Abbildungen als Mangel.

In neuerer Zeit haben besonders auch die Veröffentlichungen von Dr. Max Hodann große Verbreitung erlebt. Aus der Fülle der inzwischen von ihm in schneller Folge erschienenen Schriften empfehlen wir das Ehekursbuch Geschlecht und Liebe (Greifenverlag, Rudolstadt, Geheftet 7,50 M), das man in gewisser Beziehung als eine Popularisierung des Buches „Die vollkommene Ehe“ von Van de Velde bezeichnen könnte. In den übrigen Schriften Hodanns finden sich viel Wiederholungen bereits hier gesagter Dinge.

Im Gegensatz zu den bisher genannten Veröffentlichungen, die einen bestimmten Arbeiterstandpunkt einnehmen und sich auf kurze Einführungen beschränken, sucht die Schrift von Magnus Hirschfeld und Richard Linsert: Empfängnisverhütung (Neuer Deutscher Verlag, Berlin; Preis 1,25 M), Mittel und Methoden, in wissenschaftlicher Weise sämtliche im Abendland bekannten Mittel und Methoden zur Verhütung der Empfängnis kritisch darzustellen. Nirgendwo ist bisher zu einem so billigen Preise und so umfassend alles bekannte Material verarbeitet worden.

Als größeres, empfehlenswertes, weitverbreitetes und mit Recht viel gelobtes Werk ist „Die sexuelle Frage“ des kürzlich verstorbenen Professors August Forel (Verlag Ernst Reinhardt, München) zu nennen, das über das Gesamtgebiet des Geschlechtslebens zu unterrichten sucht. Von dem Werke ist auch eine billige Volksausgabe erschienen.

Wir haben uns mit Absicht auf die Nennung einzelner Veröffentlichungen beschränkt, deren Auflagenziffer zum Teil einen Anhaltspunkt für ihre Güte gibt. Daneben gibt es natürlich noch eine Menge anderer Schriften, deren Kenntnis dem Arbeiter aus Literaturhinweisen in den von uns besprochenen Büchern aber leicht werden kann.

Das Leben der Marie Szameitat

Von Josef Maria Frank

Copyright 1930 by „Der Bücherkreis GmbH“, Berlin 1931

XXXIV.

Zwei Stunden, schwere Stunden, im Wartezimmer, das mit Patienten überfüllt ist. Das sind kleine Leute, ärmlich gekleidet, zwar gedrückt, doch unterhaltsam, sehr vertrauensselig. Sie tragen ihr Leid gern auf der Zunge und fühlen sich schon befreit, wenn sie davon erzählen können. Ihre Geschwätzigkeit ist nichts als Vonsichabwerfen, armes Mittel zu einem guten Zweck.

Ob sie will oder nicht, Marie muß zuhören. Diesen Männern und Frauen, die mehr im heiseren Flüsterton als in lautem Gespräch ihre Klagen sich austauschen. In diesen zwei Stunden erfährt Marie mehr, als sie in einem Jahr erfahren hat. Dies Wartezimmer ist wie ein Vorräum zum Lazarett eines Sturmregimentes der armen Leute in dieser Stadt. Alles was Kebricht angesammelte Elend der Stadt ist hier zusammengetragen, vielfältiges Leid, aus muffigem Dunkel der Mietskasernen zusammengepöckelt, wird hier aus geschwätzigem Mündern wie in unsichtbare Müllkästen geworfen.

Endlich wird sie hineingerufen. Der Arzt begrüßt sie wie einen alten Freund.

Marie nickt nur lächelnd in seine Worte. Sie nimmt vorerst den beruhigenden Klang seiner Stimme in sich auf. Die fließt wie wohlthuende Wärme in sie hinein und erfüllt sie mit Hoffnung.

Behutsam anklopfend fragt wieder seine Stimme. Marie blickt auf. Sie weiß nicht, wie sie beginnen soll. Sie quält sich nach Worten.

Endlich: zögernd, langsam, dürrig, doch deutlich und alles umfassend tropfen sie aus ihr heraus, binden sich zu Sätzen, schließen sich zur tatsächlichen, doch klagegewaltigen Erzählung ihres Erlittens, zur offensichtlich den wortlos zuhörenden Arzt stark ergreifenden Darstellung ihrer verhängnisvollen Lage.

Marie ist zu Ende. Erschöpft, angstvoll gespannt sitzt sie da, banges Warten und flehender Blick, der den Mann vor ihr ganz und stark umfaßt.

Sie weiß, daß jetzt dieser hagere, eckige Mann mit dem pergamentgelben, kränklich durchschatteten Gesicht sucht, für sie sucht, daß er auf seinem ruhlosen Gang von der Tür zum Fenster und vom Fenster zur Tür nach einem Ausweg sinnt,

um einen Entschluß ringt. In Angst wie vor einem Urteilspruch belauert sie ihn und verfolgt sie, wie es manchmal jäh hinter den dicken Brillengläsern aufleuchtet und dann die Augenbrauen nervös hochzucken wie unter einem Schmerz. Marie wartet auf die Antwort, die sie befreien soll. Sie hat nicht verraten, was sie erhofft, sie hat nur erzählt, was geschehen ist und was nun droht, ihr und den Kindern. Sie hat ihn um nichts gebeten. Aber er muß ahnen, was sie will.

Endlich hält er ein. Hat er gefunden? fragt sich Marie. Er wendet scharf um zu ihr, bleibt vor ihr stehen. Noch wortlos, nur langsames Kopfnicken, offener Blick. Nach Sekunden erst gehen seine Zähne die Unterlippe frei, öffnet sich sein Mund, bleibt halbhoffen stehen, als suche er nach Worten. Dann:

„Ich weiß. Natürlich weiß ich, was Sie wollen. Es wäre das einzige, das Ihnen helfen könnte. Allerdings. Ist ja eine einfache Sache, ein einfacher Eingriff. Mir als Arzt etwas Leichtes. Ist nicht gefährlich. Könnte es gut tun. Und würde auch sicher gut ausgehen. Wenn es sachgemäß gemacht wird, ja. Aber — es ist verboten. Sie wissen doch? Sie wissen es sicher, natürlich wissen Sie es. Ich mache Ihnen keinen Vorwurf daraus, daß Sie damit gekommen sind, nein. Das einzige, was Sie tun konnten. Es wäre ja auch das richtigste, durchaus wäre es das. Aber es ist trotzdem verboten. Ja. Und sehen Sie, das ist es, warum ich es nicht tun kann.“

Marie sackt zusammen. Der Urteilspruch! Verfluchtes Gehirn, das jetzt noch denken kann! Furchtbare Sekunde des Schweigens! Da geht eine Uhr, da summt eine Fliege, da pfeift ein Atemzug. Schrecklich diese Fliege, ihr Flügelstören droht wie metallisches Lärmen eines Riesenpropellers, das Ticktack der Uhr schlägt mit Hammerschlag auf die Schädeldecke, Marie's Atem pfeift heiß und brennend wie Luft aus glühendem Ofen. Worte wie aus weiter Ferne:

„Verstehen Sie mich richtig: warum ich es nicht tun kann, ich, verstehen Sie. Einer wird es schon können. Einer von den vielen, die es tun.“

Hoffnung, neue Hoffnung, Marie! Das ist nur mehr eine dumme Fliege, die an Marie's Gesicht vorbeibrummt, das ist ja nur harmloses Ticktack einer lächerlichen Uhr, nichts als einfacher warmer Atem. Marie blickt auf und hört gespannt:

„Sehen Sie. Ich habe genau überlegt. Eben die Minuten. Ja.



Verbandsleben



Der Lohnabbau

Wenn Unternehmer Pleite machen,
Wenn Trusts mit deutschem Groß verkrachen,
Wenn Aufsichtsräte selig schlafen
In ihrem Tantieme-Hafen —,
Wer rettet den verdreckten Bau — — ? —
Der Lohnabbau —! Der Lohnabbau —!

Wenn Unternehmer spekulieren,
Wenn sie — der andern Geld verlieren,
Wenn restlos der Kredit verbraucht
Und der Betrieb auf Vieren kraucht,
Dann heißt die Lösung, riesig schlaun —:
Nur Lohnabbau —! Nur Lohnabbau —!

Wenn bankerotte Wirtschaftsführer
Ganz groß sind als Engros-Verlierer,
Wenn man verschludert und verpafft
Das letzte bißchen Wirtschaftskraft —,
Dann wissen wir eins ganz genau:
Schluß endlich mit dem Lohnabbau!

Kurt Kaiser Blüth.

Arbeiter, übt Solidarität!

Im äußersten Winkel des Vogtlandes ringt eine kleine Schicht Arbeiter mutig um die Ziele der Arbeiterschaft. Trotz aller Opfer geht es dort nur sehr langsam vorwärts. Der Grund dafür liegt in der Eigenart der Industrie, die dort zu Hause ist. Markneukirchen, das durch seine Musikindustrie weltbekannt ist, ist heute eine Nazihochburg. All die kleinen und großen Unternehmer fördern heute die inneren ungefählichen Nazibewegung mehr oder weniger und gehen rücksichtslos gegen unsere Genossen vor. Dasselbe Unternehmertum scheut sich aber nicht, mit den organisierten Arbeitern im Reich Geschäfte zu machen und die schwer verdienten Arbeiterroschen als Profit einzustecken. Auf der einen Seite deckt die organisierte Arbeiterschaft ihren Bedarf an Musikinstrumenten bei den Naziunternehmern, während dieselben Naziunternehmer unsere Genossen durch die Entziehung von Aufträgen boykottieren und so dafür sorgen, daß sie dauernd arbeitslos sind.

Die Pflicht zur Solidarität fordert deshalb von jedem Genossen, seinen Bedarf nicht mehr bei den Naziunternehmern zu decken, sondern bei Genossen.

Die Vereinigung organisierter vogtländischer Instrumentenbauer ist die Organisation auf genossenschaftlicher Grundlage, die es sich zur Aufgabe macht, die organisierte Arbeiterschaft mit preiswerten und einwandfreien Instrumenten zu beliefern.

Wendet euch deshalb bei Bedarf von Musikinstrumenten aller Art, Saiten und Bestandteile an die Geschäftsstelle der Vereinigung, den Genossen Walter Hoyer, Markneukirchen, Teichstraße 6.

Warum nicht den Sechsstundentag?

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat sich erneut für die 40-Stunden-Woche ausgesprochen. In der Vossischen Zeitung, Abendausgabe vom 14. November, nimmt ein ungenannter technischer Direktor eines großen industriellen Werkes zu dieser Forderung Stellung. Er weist auf die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit hin, um dann folgendermaßen fortzufahren:

„Statt dessen beginnen wir nur zögernd von einer gesetzlich festgelegten 40-Stunden-Woche für ausgesuchte Industriezweige zu reden. Ja, die Industriekapitäne beschließen auf jeder Tagung in ihrer Weisheit, daß die Wirtschaftskrise nur durch Verlängerung der Arbeitszeit gelöst werden könne. Ist es denkbar, daß sie wirklich den Wald vor Büschen nicht sehen? Sie möchten die ausländische Konkurrenz unterbieten, die sich doch mit der gleichen Waffe wehren würde. Die kurze Sicht dieses Standpunktes müßte ihnen nachgerade selbst klar geworden sein. Ich bin überzeugt, daß die Verkürzung auf 40 Stunden der Entwicklung schon nicht mehr gerecht wird. So kommt in Deutschland zu der gewaltigen Steigerung der technischen Produktivität ein Anstieg der Arbeitswilligen gegenüber dem Vorkriegsstand um etwa acht Millionen hinzu. Richtig ist, daß für eine einschneidende Begrenzung der Arbeitszeit zwecks Aufzusage der Arbeitslosen eine internationale Vereinbarung anzustreben ist. . . . Warum sind das Internationale Arbeitsamt, die Gewerkschafts-Internationale, die Kongresse der Spezialisten so schüchtern? Warum stehen nicht anerkannte Wirtschaftsführer auf, die es wagen, dieses Ziel mit der Kraft ihrer Autorität zu propagieren? Muß die industrielle Souveränität weiter als Fetisch gehütet werden, auch wenn die Industrie dabei zugrunde geht? Oder wollen die Führer der Wirtschaft in dieser vermeintlichen „Reinigungsphase“ warten, bis auch die stärksten Säulen zu wanken beginnen? Nun, auch dann brauchen sie nicht mehr länger zu zögern! Der springende Punkt also ist: Die erhöhte Produktivität, die ein Segen der Menschheit werden sollte und werden kann, ist zum Fluch geworden, weil sie immer größere Massen der Werktätigen aus dem Produktionsprozeß hinausgeworfen und damit zu immer stärkerer Einschränkung ihres Verbrauchs gezwungen hat. Hier grenzenloser Überfluß, dort grenzenlose Not! Das Heilmittel: Rückführung der hinausgeworfenen zur Teilnahme an der Erzeugung und damit zur Steigerung des Verbrauchs. . . . Will die kapitalistische Wirtschaft nicht völlig zusammenbrechen, so wird sie diesen Weg beschreiten müssen. Und es wird immer dringender, diesen Kernpunkt des Problems herauszuschälen, ihm gegenüber die Einzelschicksale, die Zwischenglieder in der Kette von Ursache und Wirkung, nur als solche zu bewerten.“

Es gibt also doch schon einen Unternehmensvertreter in Deutschland, der sich für die Verkürzung der Arbeitszeit einsetzt. Daß aus der Sechsstundentag lieber ist als die 40-Stunden-Woche, brauchen wir nicht erst zu betonen.

Erkältungen im Betriebe sind Unfallfolgen

Die meisten Unfallverletzten glauben, daß nur eine sofort eingetretene sichtbare Körperverletzung durch Stoß, Schlag, Sturz oder dergleichen, als Unfall anzusehen sein könnte. Sie wissen nicht, daß die Folgen der bei der betriebsüblichen Arbeit eintretenden Erkältung ebenfalls als Unfall angesehen werden müssen. Solche Folgen der Erkältung im Betriebe, wie Lungenentzündung, Kopfgrippe mit ihrer Rückwirkung auf Geist und Körper, werden allein deshalb selten bei den Berufs-

genossenschaften zur Anmeldung kommen, weil die Erkrankten über die Unfallfolgen solcher Leiden nicht orientiert und auch mit der Rechtsprechung darüber nicht vertraut sind. Die Versicherungsträger, die kein Interesse daran haben, die Versicherten über die Anerkennung der durch die Erkältung eingetretenen Unfallfolgen aufzuklären, denken selbst erst an eine sichtbare Körperverletzung und werden durch eine solche jahrzehntelange Übung vielleicht davon abgehalten, auch andere Leiden, die im Betriebe entstehen und ursächlich mit der Tätigkeit im Zusammenhange stehen und im übrigen eine dauernde Schädigung an Körper und Geist sind, als Unfallfolgen zu erkennen. Es ist daher auch zu verstehen, daß nur eine geringe Anzahl solcher Betriebsunfälle, die bei der Ausübung der betriebsüblichen Arbeit durch Zugluft entstehen, der Berufsgenossenschaft angemeldet und von dieser entschädigt werden. Den Gefahren, sich zu erkälten und an den Folgen der Erkältung einen Betriebsunfall zu erleiden, sind hauptsächlich die fahrenden Eisenbahn- und Postbeamten, Schaffner, Bergarbeiter unter Tage, die Hütten-, Fabrik- und Lagerarbeiter, Landwirte, Schiffer usw. ausgesetzt.

Über diese Art der Unfälle, die als Folge der Erkältung entstehen, wird teilweise aus falschverstandener Auslegung der Unfallgesetze, teilweise wegen Unkenntnis über die Entwicklung der Rechtsprechung, eine völlig abwegige Meinung vertreten; man vergißt, daß die Leiden, die infolge der Erkältung bei der Arbeit entstehen und oft ein dauerndes Siechtum an Körper und Geist werden, als schwere Unfallfolgen angesehen werden müssen. Dem Verfasser ist der Fall bekannt: ein junger fahrender Postschaffner zog sich auf der Fahrt im Postwagen des Eisenbahnzuges infolge einer starken Erkältung eine Lungenentzündung zu und starb an dieser. Die Postbehörde als Versicherungsträger hat die Lungenentzündung als Unfallfolge anerkannt.

In der Entscheidung des RVA vom 30. Oktober 1925 (Breithaupt, Sammlung von Entscheidungen des RVA, 15. Jahrg., 1926, Bd. 1, S. 75) ist zur Ausführung gebracht, daß Zugluft an einer Arbeitsstelle als Erkältungsgrund wirken und dadurch zur Entstehung einer schweren Erkrankung führen kann. In einer weiteren Entscheidung des RVA vom 27. Mai 1911 („Arbeiterversorgung“ 1912, S. 209) wird angeführt: „Eine bei der üblichen Betriebsarbeit eingetretene Erkältung, deren Entstehen längstens auf die Dauer eines Tages bemessen ist, im übrigen aber dem genauen Zeitpunkt nach nicht festgelegt werden kann, stellt einen „Betriebsunfall“ im Sinne der Unfallgesetzgebung dar.“

Da die meisten Unfallversicherten nicht darüber orientiert sind, daß die Folgen der bei der betriebsüblichen Arbeit eingetretenen Erkältung als entschädigungspflichtiger Unfall gelten können, so haben sie die im § 1547 RVO angegebene Anmeldefrist verstreichen lassen. Trotzdem tritt eine Verjährung des Anspruches auf Rente dann nicht ein, wenn nachgewiesen wird, daß dem Versicherten das bestehende Leiden nicht als Unfallfolge erkennbar war; die Verjährung des Anspruches ist daher in diesen Fällen ausgeschlossen. (Bayr. LVA vom 23. Januar 1911, Mitt. 1911, S. 92, Nr. 1297.) Tausende von Versicherten dürften daher nicht wissen, daß sie durch die Folgen einer im Betriebe erlittenen Erkältung einen entschädigungspflichtigen Unfall nachweisen können, auch dann, wenn die Erkältung, die Ursache der Unfallfolgen, schon mehrere Jahre zurückliegen sollte.

Dr. Dr. J. Hoffarth, Münster i. W.

Revolutionäre Attacke der RGO

Von dem Einheitsverband der Bergarbeiter, Ortsgruppe Sulzbach/Saar (RGO) ist an die Schuhfabrik Bata, Zlin (Tschechoslowakei) folgendes Schreiben gerichtet worden:

„Sulzbach, den 29. August 1931.

Firma Bata, Zlin (Tschechoslowakei).

Im Auftrage des Einheitsverbandes gestattet sich der Unterzeichnete, Ihnen ergebenst folgendes vorzutragen:

Durch die augenblickliche wirtschaftliche Krise sah sich die Direktion der Dillinger Hüttenwerke gezwungen, einzelne Betriebe einzustellen und ungefähr 300 Arbeiter fristlos zu entlassen. Um die katastrophale Lage dieser entlassenen Arbeiter zu mildern, die von fast jeder Unterstützung entblößt sind, möchte der Einheitsverband, der augenblicklich auch zu einer fördernden Unterstützung nicht in der Lage ist, Sie bitten, in irgendeiner Weise diese in ihrer Existenz bedrohten Arbeiter zu unterstützen. Der Einheitsverband bittet die werthen Herren, sich dieser Bitte, die nur einem idealen Zweck dient, nicht zu verschließen, und dankt Ihnen im voraus für Ihre Bemühungen.

Im Auftrage des Einheitsverbandes

gez.: Scherer.



DIE RGO RÜCKT ZUM LOHNSKAMPF



DIE REVOLUTIONÄRE ATTACKE



DAS ERGEBNIS



DAS UMLAND ABSCHLIES

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750-6753

Mit Sonntag, dem 29. November, ist der 49. Wochenbeitrag für die Zeit vom 29. November bis 5. Dezember 1931 fällig.

Häufig werden Anfragen oder Beschwerden einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung finden können. Meistens ist diesen Zuschriften ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigefügt, der unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Beantwortung gerechnet wird. Die Mitglieder sollen sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.

Zur Beachtung für reisende Mitglieder

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit † bezeichneten Verwaltungsstellen Reisegeld erheben. Das Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Ein statutarisches Recht auf Empfang von Lokalgeschenk besteht nicht. Die Auszahlung von Lokalgeschenk durch die Verwaltungsstellen ist freiwillig und nur soweit möglich, als lokale Mittel vorhanden sind. In allen Verwaltungsstellen, wo im Adressenverzeichnis vermerkt ist: „Lokalgeschenk wird nicht bezahlt“, ist das Aufsuchen des Kassierers, weil zwecklos, zu unterlassen.

Mitglieder, die auf die Reise gehen oder den Arbeitsort wechseln, haben sich bei der Verwaltungsstelle ihres bisherigen Aufenthaltsortes unter Vorlage des Mitgliedsbuches abzumelden. Mitgliedsbücher, die diese Abmeldung nicht enthalten, können von keiner Verwaltungsstelle zur Anmeldung entgegengenommen werden, auch darf auf solche Mitgliedsbücher kein Reisegeld ausbezahlt werden. Bei Übersendung des Mitgliedsbuches an die frühere Verwaltungsstelle zum Zwecke der Abmeldung ist stets Rückporto beizulegen, auch dann, wenn diese Übersendung durch eine Verwaltungsstelle erfolgt. Die Portokosten gehen zu Lasten des betreffenden Mitgliedes.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Vorstandsvorsitz

Verbandsanzeigen

Konstanz. Unsere Ortsverwaltung wird von sehr viel durchreisenden Kollegen aufgesucht, die glauben, in der Schweiz Arbeit zu finden. Wir möchten hiermit warnen, die Reise nach der Grenze anzutreten, denn es ist ausgeschlossen, in der Schweiz Arbeit zu bekommen. Ferner geben wir bekannt, daß Lokalgeschenk an durchreisende Kollegen unter den obwaltenden Umständen nicht mehr bezahlt werden kann.

Marcus Blanchard gestorben

Die neueste Ausgabe der Union des Métaux, des Blattes unseres französischen Bruderverbandes, bringt die traurige Kunde, daß sein Sekretär Marcus Blanchard, erst 52 Jahre alt, an einer Operation verschieden ist. Am 2. November ist er auf dem Pariser Friedhof Père Lachaise beerdigt worden.

Wir können es den französischen Kollegen glauben, daß sie einen schweren Verlust erlitten haben. Denn Blanchard zählte zu den Unverwundlichen in der vorderen Reihe des Verbandes. Schon mit 24 Jahren wurde er zum Sekretär der Lyoner Ortsgruppe erkoren. Im Jahre 1907 kam er in die Verbandsleitung nach Paris, wo er mit einer kurzen Unterbrechung bis zu seinem Tode tätig war. In den sehr bewegten und zuweilen verzweifelten Situationen des französischen Verbandes stand Blanchard wie eine Eiche. Gar mancher um ihn herum ging entnütigt von dannen, er blieb, von einem unerschütterlichen Glauben an die gewerkschaftliche Sache gehalten. Von diesem großen, schwarzhäutigen Mann ging eine Welle von Vertrauen aus, die man auch noch fühlte, wenn man ihn längst verlassen hatte.

Der Verlust ist für den französischen Verband wie für die Eisernen Internationale um so größer, weil beide in Frankreich keinen Überfluß an Kräften wie Blanchard haben. Auch wir beklagen den Tod dieses wackren Kameraden aufs tiefste. Seine persönlichen Eigenschaften wie seine lange und vorzügliche gewerkschaftliche Tätigkeit bürgen dafür, daß die Erinnerung an ihn lange lebendig bleiben wird.

Jubilärfest in Minden (Westfalen)

In den Räumen der Tonhalle (Gewerkschaftshaus) fand die Feier zur Ehrung unserer neun Verbandsjubilare statt. Geschäftsführer Kollege Wagner begrüßte die zahlreich Erschienenen. Kollege Heinrich Schliestedt, Berlin, hielt die Ansprache. Er schilderte die schwierigen Kämpfe unserer Kollegen in den neunziger Jahren und der Vorkriegszeit. Den Jubilaren gebührt Anerkennung und Dank für ihre Verbandsstreue. Der Redner gedachte besonders der Frauen unserer Jubilare, die in all den schweren Zeiten treu an der Seite ihrer Männer gestanden haben. Die Grüße der Bezirksleitung überbrachte Kollege Sierau (Bielefeld). Den Jubilaren wurde die Ehrenurkunde und die Jubiläumsnadel überreicht. Im Namen der Jubilare dankte der Kollege Fritz Lück. Der Arbeiter-Gesangverein Oberstadt verschönte durch Kampflieder die Feier. Ein geselliges Beisammensein beschloß den Feiertag.

Die Verwaltungsstelle des DMV in Frankfurt-Höchst konnte am 7. November wieder zur Ehrung von 32 Verbandskollegen schreiten. Wie im vergangenen Jahr, so war auch diesmal der Saal des Bildungsheims vollständig besetzt. Nachdem Kollege Weber die Erschienenen begrüßt hatte, hielt der Kollege Metz vom Vorstand die Festrede. In dessen Namen dankte er den Jubilaren für die jahrzehntelange Arbeit für die Arbeiterbewegung. Der Redner ging dann auf die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Notlage ein und auf die sich daraus ergebenden Aufgaben der Gewerkschaften. Der Redner schloß mit den Worten: Trotz Sturm und Wetterbraus stehn wir zum Kampfe wie immer bereit.

Hierauf nahm Kollege Weber die Ehrung der 32 Jubilare vor. In deren Namen dankte Kollege Schwarz für die ihnen zuteil gewordene Ehrung. Die Feier wurde umrahmt von Musik- und Gesangsvorträgen. Lange nach Mitternacht trennten sich die Festteilnehmer mit dem Bewußtsein, einige angenehme Stunden im Kreise Gleichgesinnter verlebt zu haben.

Dem Abgrund immer näher

Die Abkehr Englands von der Goldwährung, selbst die Folge der verzweifelten Haltung der Gläubigerländer, die ihre Guthaben aus England plötzlich abzogen, leitete ein neuer Währungswirrwarr ein mit seinen verhängnisvollen Wirkungen auf Welthandel und internationale Kapitalbewegung. Schon folgten die skandinavischen Länder, die, vor allem Dänemark, in ihrer Ausfuhr von England in größtem Umfang abhängig sind, dem englischen Beispiel und haben die Goldinlöschungspflicht aufgehoben. Sie befürchten, von der Belieferung des englischen Marktes abgedrängt zu werden, wenn sie den bisherigen Goldwert ihrer Währung aufrechterhalten. Der Entschluß Schwedens war außerdem noch von anderen Umständen bedingt: Goldverluste durch die Schwierigkeiten des gewaltigen Welttrasts Kreuzer, der in Schweden beheimatet ist, und wahrscheinlich auch die Absicht, durch Senkung des Geldwertes die Senkung der Löhne auf kaltem Wege durchzuführen. Andere Länder, die an der Goldwährung noch festhalten, möchten die Folgen der Abkehr Englands und anderer Länder von der Goldwährung für den Konkurrenzkampf auf ihren Märkten und auf dem Weltmarkt mit anderen Mitteln von sich abwenden.

Um die Einfuhr von Waren aus Ländern mit unwerteter Valuta fernzuhalten, greifen diese Länder zu neuen Zöllen und Einfuhrverboten. So hat Italien als Antwort auf den Schritt Englands seine Zölle um 15 vH erhöht, Frankreich das System der Einfuhrverbote weiter ausgedehnt. Auch die Vereinigten Staaten sollen neue Schutzzollmaßnahmen ergreifen. Lohndruck als Mittel zur Steigerung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt wird ebenfalls in vielen Ländern angestrebt. Schwere soziale Kämpfe können nicht ausbleiben.

Da die Abkehr von der Goldwährung die Valuten der einzelnen Länder stark schwanken läßt und diese Schwankungen in ihrer Größe nicht im voraus berechenbar sind, wurde die internationale Kapitalbewegung, die infolge der Vertrauenskrise bereits seit langer Zeit stockte, nünmehr völlig unterbunden. Weder zur Finanzierung des internationalen Warenhandels noch für andere Zwecke sind die nötigen Auslandskredite vorhanden. Die Finanzierung des internationalen Handels erfolgte bisher durch die englischen Banken, die diese Funktion nünmehr, solange die englische Währung großen Schwankungen unterworfen ist, nicht oder nur in ganz geringem Umfang ausüben können.

Die beiden Länder, die Vereinigten Staaten und Frankreich, die drei Fünftel der Goldvorräte der Welt an sich zogen und für die Währungsfrage der Welt soweit verantwortlich sind, als sie ihre Kapitalüberschüsse der übrigen Welt nicht zur Verfügung stellen, noch bereit waren, ihre Forderungen an das Ausland in Form von Wareneinfuhr in Empfang zu nehmen, auch diese beiden Länder können sich ihres Goldreichtums nicht freuen. Die englischen Vorgänge haben die Wirtschaftskrise der Vereinigten Staaten noch sehr verschärft. Die Banken, die in der Versorgung der Wirtschaft mit Krediten eine grundlegende Funktion in der Wirtschaft ausüben, gerieten in die größte Bedrängnis. Sie waren bisher schon stark erschüttert, da die Kredite, die sie den Industrieunternehmen, und noch mehr die, die sie den Farmern gaben, infolge der Wirtschaftskrise zum großen Teil eingefroren sind. Der Sturz des englischen Pfundes führte nun zu großen Verlusten jener Unternehmen und Banken, die über große Pfundguthaben

verfügten. Um diese Verluste abzudecken, mußten Wertpapiere in großem Umfang verkauft werden. Ein starkes Absinken der Kurse der Wertpapiere auf den Börsen war die Folge. Die Banken als Besitzer von Wertpapieren erlitten große Verluste. Die Sicherheiten, die sie von ihren Kunden erhielten, sind infolge jener Kursstürze unzureichend geworden. Kreditkündigungen und Zusammenbrüche, die die Verluste der Banken noch vermehrten, traten ein und erschütterten das bereits wankende Bankwesen.

Das Publikum ist gegenüber den Banken wegen der zahlreichen Bankenzusammenbrüche mit Mißtrauen erfüllt, zieht seine Guthaben zurück, tauscht sie in Gold ein oder behält sie in Banknoten und hortet sie auf. Gewaltige Mengen von Banknoten werden derart dem Verkehr entzogen. Die ausländischen Kapitalisten, vor allem die französischen, ziehen ihre Guthaben aus den Vereinigten Staaten zurück, und so kam es zum grotesken Vorgang, daß von den Vereinigten Staaten Gold nach Frankreich abströmt, wodurch die Goldfülle in Frankreich noch größer wird. Nimmt man die bedrohliche Steigerung des Staatsdefizits in den Vereinigten Staaten hinzu, das sich, trotzdem dort die Arbeitslosen nicht unterstützt werden, für das laufende Budgetjahr auf 1½ Milliarden Dollar belaufen dürfte, so hat man ein Bild darüber, wie weit die Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten durch die neuesten Vorgänge verschärft wurde.

Was sich in den Banken und den Börsen der Vereinigten Staaten in riesigem Ausmaß abspielte, wiederholt sich auch bei solchen europäischen Ländern, die trotz ausreichender Goldvorräte Leidtragende an dem Währungsverfall anderer Länder sind. Starke Verluste am Pfundguthaben, große Kurseinbrüche auf der Börse, Erschütterung der Banken stehen in diesen Ländern auf der Tagesordnung. Eine Großbank in Dänemark ist zusammengebrochen, in der Schweiz sollen große Bankanstalten am Rande des Zusammenbruchs stehen, in Frankreich selbst mußte einer Großbank mit Hilfe des Staates und der Großbanken auf die Beine geholfen werden, während eine andere Großbank, an der der Industriemagnat Schneider mit seinen weitverzweigten Beteiligungen in Mittel- und Osteuropa eine maßgebende Rolle spielt, nur durch besondere Stützungsmaßnahmen gerettet werden konnte.

Daß die allgemeine Wirtschaftskontunktur sich weiter verschlechtert hat, braucht kaum gesagt zu werden. Die Keime einer leichten Besserung der Konjunktur waren in den Vereinigten Staaten bereits vorhanden, da dort die Lagervorräte für wichtige Konsumartikel weitgehend geräumt wurden und die Umsätze im Einzelhandel weniger stark sanken als die Produktion. Die neuen Schwierigkeiten werden die Konjunktur, die in bezug auf Anlagetätigkeit sehr ungünstig blieb — die Eisen- und Stahlindustrie wird nur zu einem Drittel ihrer Leistungsfähigkeit ausgenutzt — wieder zurückwerfen, zumal der Lohndruck und damit die Schwächung der Massenkaukraft auch in den Vereinigten Staaten in Erscheinung tritt. In Frankreich aber hat die Krise vor allem in einem sehr starken Rückgang des Außenhandels, der das Defizit der französischen Handelsbilanz gewaltig erhöhte. Allein in England zeigt sich eine Belebung der Wirtschaftstätigkeit, Steigerung der Ausfuhr und lebhafter Verkehr im Inland. Momente, die für den ersten Abschnitt der Inflation kennzeichnend sind. Es ist eine andere Frage, wie lange dies anhält und wie teuer sie bezahlt werden müssen.

Jede Erwerbslosensiedlung in den nächsten Jahren beggnet wird. Auch der neu eingesetzte Reichskommissar für die vorstädtische Kleinsiedlung hat ja immer wieder seit seiner Amtsübernahme in der letzten Zeit betont, daß man sich vor übertriebenen Erwartungen gar nicht genug in acht nehmen könne.

Dasselbe gilt erst recht für die Überführung städtischer Erwerbsloser in rein ländliche Siedlungen. Es wird sich im letzteren Falle stets nur um einen ganz eng begrenzten Kreis von Menschen handeln können, und zwar nur um solche, bei denen Mann und Frau aus der Landwirtschaft stammen und große Kenntnisse mit großer Liebe zum angestammten Beruf vereinigen, dazu noch die Kraft mitbringen, außerordentliche Strapazen für lange Zeit auf sich zu nehmen und in den ersten Jahren ihrer beginnenden Siedeltätigkeit draußen auf jede auch noch so geringfügige Annehmlichkeit dieses Daseins zu verzichten.

Das sind fast über die Kräfte des normalen Menschen hinausgehende Anforderungen, die nun einmal von jedem Erwerbslosensiedler mit unerbittlicher Strenge gefordert werden müssen, und jeder städtische Erwerbslose sollte sich diese Härten tatsächlich klarmachen, ehe er übereilte Beschlüsse faßt, die später einmal ihn und seine Angehörigen noch tiefer ins Verderben hineinstürzen.

Es steht zu erwarten, daß in allernächster Zeit ein engeres Zusammenwirken zwischen den amtlichen Stellen und den großen Arbeiterorganisationen zustande kommt, um Maß, Art und Ziel der Erwerbslosensiedlungen auf den richtigen Nenner zu bringen. Für heute sei jedoch noch einmal gerade im Interesse der Erwerbslosen und des gesunden Kerns des Siedlungsgedankens eindringlich vor jenen Schwindlern gewarnt, die in schwerster Notzeit aus gewissenloser Profitgier unerfüllbare Hoffnungen erwecken und später bestimmt jede Verantwortung von sich aus ablehnen werden.

Wie wir erfahren, geht nünmehr auch erfreulicherweise die Polizei dazu über, allorts ein wachsames Auge auf diese mehr als zweifelhaften Erwerbslosensiedlervereine zu richten. In allen Fällen, wo solche Gruppen neu auftauchen und begründeter Verdacht unkorrekter Geschäftsführung und unzulässiger Propaganda besteht, werden alle die, die es angeht, gut tun, sich mit den nächsten Behörden ins Benehmen zu setzen, um auf diese Weise eine weitere Schädigung der Erwerbslosen und der gesamten Öffentlichkeit rechtzeitig zu unterbinden.

Sowjetrußland

Die Zustände in den Arbeiterbaracken

Der Trud (v. 5. Nov. 1931) beschreibt die Zustände in den Arbeiterbaracken der Fabrik „WIS“ im Uralgebiet: In der Arbeiterbaracke Nr. 14, die 120 qm groß ist, leben 400 Arbeiter. Das bedeutet, daß die Arbeiter wie in einer Sardinenbüchse schlafen müssen. In der Baracke herrscht unbeschreiblicher Schmutz. Es wimmelt von Wanzen, Läusen und Schwaben. Dabei wohnen in der Baracke auch mehrere Arbeiterfamilien. Kranke werden nicht isoliert.

Die Betriebsleitung sowie der Betriebsrat haben sich für die Zustände in den Arbeiterbaracken der Fabrik niemals interessiert. Erst bei einem Besuch des Vertreters des Gewerkschaftsrats des Uralgebiets kamen die Zustände in den Arbeiterbaracken zum Vorschein. Aber auch nachdem der empörte Vertreter des Gewerkschaftsrats Maßnahmen zur Beseitigung dieser Mißstände verlangt hatte, ist nichts geschehen. Daraufhin wandte sich der Vertreter des Gewerkschaftsrats an die Staatsanwaltschaft. Die Staatsanwaltschaft entsandte einen Beamten und einen Arzt, die zunächst die Kranken isolierten. Dabei stießen sie auf den Widerstand des Barackenleiters, der erklärte, nur den Anweisungen der Betriebsleitung Folge leisten zu können.

Die Ergebnisse der „Nachprüfung“ der Zustände in den Arbeiterbaracken der Fabrik durch die Betriebsleitung und den Betriebsrat füllen bereits einen stattlichen Band, eine Besserung ist jedoch noch nicht zu verzeichnen.

Organisierung der Welt-Automobilindustrie

Vom französischen Automobilfabrikanten Citroën wurde ein beachtenswerter Plan zur Regelung der Produktion und des Absatzes der Welt-Automobilindustrie ausgearbeitet. Citroën schätzt die Zahl der in den letzten sieben Jahren in der Welt erzeugten Automobile auf 35 600 000 mit einem Wert von mehr als 80 Milliarden Mark. Davon wurden in Europa nur 4 Millionen Stück mit einem Wert von etwa 13 Milliarden Mark hergestellt, während die überwiegende Menge in Amerika erzeugt wurde. Amerika führte in diesen Jahren 4 Millionen Wagen nach Europa aus, so daß zurzeit in Europa 8 Millionen Wagen laufen. Die europäische Automobilindustrie beschäftigt etwa anderthalb Millionen Arbeitskräfte.

Citroën will die Automobilindustrien der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Deutschlands, Italiens und einiger kleiner Länder, die Automobile erzeugen, in einer Ausfußgesellschaft vereinigen. Die Produzenten sollen die Verpflichtung übernehmen, in den nächsten fünf Jahren ihre Produktion derart zu beschränken, daß sie in jedem Jahre die Produktion des vorangegangenen Jahres nicht überschreitet. Die Exportgesellschaft soll die Automobile in den 107 Ländern, die keine Automobilproduktion haben, absetzen. Außer dem Absatz von Automobilen soll die Gesellschaft auch Straßen in den Absatzländern bauen. Auch soll sie sich verpflichten, jeden Wagen nach einer Lebensdauer von mehr als sieben Jahren zurückzukaufen. Als Entgelt für den Straßenbau sollen die 107 Absatzländer die zollfreie Einfuhr von Automobilen gestatten und der Exportgesellschaft ein Verkaufsmonopol auf ihren Gebieten sichern. Citroën beabsichtigt, seinen Plan dem internationalen Industrie-Kongreß in den Vereinigten Staaten zu unterbreiten.

Verzinsung bis zu 80 vH

Das große Mißtrauen am internationalen Geldmarkt hat geradezu phantastische Rentiten zur Folge. Die in Neujork gehandelten Auslandsanleihen zugrundegelegt, ergeben sich Verzinsungen bis über 80 vH. Die USA-Anleihen haben eine Verzinsung von 4,85 vH. Es folgt die Schweiz mit 5,45, Schweden mit 5,87 vH usw. Die Papiere der Tschechoslowakei erbringen eine Verzinsung von 8,29 vH, die Österreichs 13,88, die Deutschlands 16,86 vH, bis hinauf zu den Anleihen Boliviens mit einer Verzinsung von 80,20 vH. Geldleute könnten also enorme Verdienste erzielen — wenn das Vertrauen wiederkehrte und die Anleihen sicher wären.

Grenzen der Arbeitslosensiedlung

Siedlungslustige Vorsicht!

Die Wirtschaftskrise mit ihren Begleiterscheinungen von Millionen Arbeitslosen hat ein starkes Anwachsen der Siedlungspropaganda zur Folge gehabt. Namentlich in den Industriezentren Deutschlands, in Rheinland-Westfalen, Berlin und Mitteldeutschland, haben sich oft unter hochtrabenden Namen Vereine gebildet, deren Zweck angeblich in der Aussiedlung Erwerbsloser in der östlichen Landwirtschaft bestehen soll. Geschäftstüchtige Propagandisten haben in vielen Fällen einen Stab von teils unwissenden, teils gewissenlosen Mitarbeitern gesammelt, die auf die Erwerbslosen losgelassen werden. Erfahrungsgemäß ist der arbeitslose Mensch in seiner geistigen und wirtschaftlichen Not stets geneigt, nach jedem Strohalm zu greifen. Infolgedessen haben, wenigstens zeitweilig, in den letzten Monaten diese Vereine — und es handelt sich um mehrere hundert allein im preußischen Staatsgebiet — einen sehr starken Zulauf bekommen.

So wird uns von glaubwürdiger Seite versichert, daß allein in der Stadt Essen an einem Tage über 800 Erwerbslose sich bei einem Siedlungsring gegen Zahlung der Eintrittsgebühren und eines Monatsbeitrages angemeldet haben, und diese Eintrittsgebühren sind wahrhaftig nicht gering. So wird im Falle eines derartigen Vereins nachgewiesen, daß für jedes sich meldende Mitglied 30 M in die Vereinskasse eingezahlt werden müssen. Im Falle eines anderen Siedlungsvereins sind es zwar bloß 5 M, dafür werden jedoch regelmäßig Monatsbeiträge von 90 Pf. und ferner eine Kautions von 500 M pro Mitglied verlangt. Es braucht wohl kaum gesagt zu werden, daß es in dieser schweren, Notzeit doppelt unanständig ist, gerade von den Ärmsten der Armen, den Erwerbslosen, derartige Beiträge zu fordern. Sind erst diese Gelder gezahlt, so werden die Vereinsmitglieder erfahrungsgemäß nichts mehr davon zu sehen bekommen.

Leider existiert im Reichsstrafgesetzbuch kaum eine Handhabe, um solchen Hyänen des Schlachtfeldes das Handwerk zu legen. Denn es ist sehr schwer, ihnen Betrugsabsichten nachzuweisen, um so mehr, als sie sich mit dem Mantel der Menschenliebe bedecken. Tausende, vielleicht Zehntausende von Erwerbslosen dürften heute

bereits einsehen, daß ihre Leichtgläubigkeit gewissenlos ausgenutzt worden und daß sowohl ihr Geld verloren ist, wie auch die Aussichten auf eine Aussiedlung durch jene schwindelhaften Vereine gleich Null sind. Die psychologischen Auswirkungen einer derartigen „Siedlerpropaganda“ sind natürlich verheerend. Denn die ohnehin aufs schwerste gedrückten Erwerbslosen verzweifeln nun erst recht an der vernünftigen Ordnung der Dinge.

Was ist es nun, was jenen Freibeutern der Erwerbslosensiedlung zur Werbung diene und womit es ihnen gelungen ist, an ganz breite Schichten heranzukommen? Sie gingen aus von der tiefen Sehnsucht, die auch in weiten Kreisen der deutschen Arbeiterschaft nach enger Verbundenheit mit eigener Scholle und eigenem Heim lebendig ist. Auf Hunderten von Prospekten und Flugschriften wurde dem Erwerbslosen das Glück und die Behaglichkeit des eigenen Heims, das durch eine entsprechende gärtnerische oder landwirtschaftliche Siedlung fundiert sei, angepriesen. Und diese zum Teil seit Jahren erwerbslosen Männer und Frauen, die sich entsaucht von den wirtschaftlichen Möglichkeiten der Industrie, in der sie bisher beschäftigt waren, längst abgewandert hatten, sind um so eher auf jenen Schwindel hineingefallen, als ja auch vor einigen Monaten von einer Reichsstelle aus in geradezu unverantwortlicher Weise die unmögliche Zahl von 200 000 Siedlerstellen genannt worden war, die in diesem Winter noch errichtet werden sollten. Heute weiß jeder Sachverständige, daß bei Anspannung aller Kräfte sowohl in der vorstädtischen und Stadtrand-siedlung wie auch in der rein ländlichen Primitivsiedlung zusammengenommen nur ein Bruchteil jener Zahl in abschbarer Zeit untergebracht werden kann.

Es ist ein Verdienst des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in den von ihm erfaßten großen Kreisen deutscher Arbeiter rechtzeitig vor übertriebenen Hoffnungen gewarnt zu haben. Die Versuche, die vom preußischen Staat bisher sowohl in Hinsicht der vorstädtischen Kleinsiedlung wie auch durch Aufteilung einzelner, besonders dazu geeigneter Güter im Hinblick auf die Primitivsiedlung angebahnt worden sind, zeigen mit aller Deutlichkeit die großen Schwierigkeiten, denen

